

Der Aufstieg der Rechten in Italien

Thomas Sablowski

Am 4. Mai 2001, wenige Tage vor den italienischen Parlamentswahlen, kritisierte Giovanni Agnelli, das Familienoberhaupt der Fiat-Eigentümer, die ausländische Presse wegen ihrer Attacken auf Silvio Berlusconi, den Führer des Wahlbündnisses »*Casa delle Libertà*« (»Haus der Freiheiten«). Insbesondere die britische Zeitschrift *The Economist* hatte Berlusconi in einem Artikel unter dem Titel »Why Silvio Berlusconi is unfit to lead Italy« am 28. 4. 2001 wegen der Indienstnahme der Politik für seine privaten Geschäftsinteressen, der ungeklärten Herkunft seines Kapitals und zahlreicher dubioser Machenschaften hart angegriffen; andere bürgerliche Zeitungen wie z. B. *Le Monde* machten aus ihrer Ablehnung des Anwärter auf das Amt des italienischen Ministerpräsidenten ebenfalls keinen Hehl. Durch die Verurteilung des potentiellen Ministerpräsidenten, so Agnelli, behandle die ausländische Presse die italienischen Wähler wie Bewohner einer Bananenrepublik. Dies war ein deutliches Signal dafür, daß der Lenker der größten italienischen Unternehmensgruppe eine Regierung des sogenannten »Mitte-Rechts-Bündnisses« aus Berlusconis *Forza Italia*, Gianfranco Finis *Alleanza Nazionale*, Umberto Bossis *Lega Nord* und kleineren Nachfolgeparteien der Christdemokraten und der Sozialisten favorisierte.

Die Parlamentswahlen am 13./14. 5. 2001 sollten dann den Wiederaufstieg dieser Kräfte, die bereits 1994 für kurze Zeit regierten, besiegeln. Das »Mitte-Rechts-Bündnis« gewann in beiden Parlamentskammern die absolute Mehrheit der Mandate. Bei den nach dem Verhältniswahlrecht vergebenen Stimmen¹ wurde Forza Italia mit 29,4 % der Stimmen die mit weitem Abstand stärkste Partei, Alleanza Nazionale (AN), die Nachfolgepartei des neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI), erreichte 12%, während die Lega Nord mit 3,9 % erheblich geschwächt aus den Wahlen hervorging. Insgesamt kam das »Mitte-Rechts-Bündnis« auf 49,4 %, das »Mitte-Links-Bündnis« dagegen nur auf 35% der Stimmen. Die kritischen Stimmen in der europäischen Presse zum italienischen Wahlausgang fanden in der offiziellen Politik der EU-Regierungen keinen Widerhall. Hatte es nach Haider's Wahlsieg in Österreich immerhin noch – wenn auch halbherzige und folgenlose – Proteste seitens der Regierungen gegen die Rehabilitierung des historischen Faschismus und den Regierungsantritt der neuen Rechten gegeben, so ging man nach dem italienischen Regierungswechsel sogleich zur Tagesordnung über.

War Berlusconis erste Regierung 1994 nach kurzer Zeit an ihren inneren Widersprüchen zerbrochen, so deutet heute, fast zwei Jahre nach dem erneuten Regierungsantritt der Rechten, kaum etwas auf eine ernsthafte Regierungskrise hin. Die Rechte ist inzwischen erheblich stärker geworden und zeigt sich bei der Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche relativ flexibel und erfolgreich. Wie konnte es zu diesem Aufstieg der Rechten kommen? Was ist ihre soziale Basis?

Welche Politik vertritt sie? Wie passen Neoliberalismus und Autoritarismus, Regionalismus und Nationalismus zusammen?

Die organische Krise Anfang der 90er Jahre

Als politischer Gefangener im faschistischen Italien schrieb Antonio Gramsci in einer Notiz unter dem Titel »Beobachtungen über einige Aspekte der Struktur der politischen Parteien in den Zeiten organischer Krise«: »An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt. Wenn diese Krisen eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich, weil das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma.« (Gramsci 1996, 1577f.) Die Situation in Italien Anfang der 1990er Jahre, die zum Aufstieg der Rechten führte, kann als eine solche »organische Krise«, eine Situation »des Zwiespalts zwischen Repräsentanten und Repräsentierten« (ebd. 1578) begriffen werden.

Die Ursachen der organischen Krise können in aller Kürze folgendermaßen zusammengefasst werden (vgl. Sablowski 1998):

Erstens war nach der Niederlage der antikapitalistischen sozialen Bewegung Ende der 1970er Jahre, der Transformation der italienischen kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische Partei im Laufe der 1980er Jahre und schließlich dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« in Osteuropa der christdemokratisch geprägte, klientelistisch-partikulare Sozialstaat obsolet geworden, auf dessen Basis sich die bürgerliche Herrschaft in Italien in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg reproduziert hatte. Es war nicht länger notwendig, eine starke kommunistische Partei von der Regierung fernzuhalten – eine Aufgabe, die über fast ein halbes Jahrhundert die Christdemokratie mit wechselnden Regierungspartnern durch die Entwicklung spezifischer Formen der Einbindung insbesondere des Kleinbürgertums, der Bauern und der marginalisierten Gruppen im Süden wahrgenommen hatte.

Zweitens war die christdemokratische Form der Herrschaftssicherung, die zu einer Hypertrophie des Staates und – nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Austauschs der Regierungseliten – zu einer enormen Korruption geführt hatte, auch deshalb zu kostspielig geworden, weil durch den Rückgang der Wachstumsraten des Sozialprodukts im Zuge der Krise der fordistischen Wachstumsweise der Spielraum für die staatliche Umverteilung zwischen den Klassen und Klassenfraktionen zunehmend geringer geworden war. Die Niederlage der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften Ende der 1970er Jahre und die Restrukturierung der Produktion in den 1980er Jahren, die mit massenhaften Freisetzungen in den Fabriken verbunden waren, führten zwar zu einer Erholung der Profite, doch blieb eine erneute Beschleunigung des Wachstums aus. Einerseits wurden zwar die Lohnkosten gesenkt, doch ging andererseits mit der Lohnquote auch die sich aus den Löhnen speisende Nachfrage relativ zurück.

Drittens stand Italien auch durch die Internationalisierung des Kapitals und die

Europäische Integration fiskalpolitisch und außenwirtschaftlich unter einem hohen Anpassungsdruck. Die italienische Handelsbilanz gegenüber den EU-Partnern und insbesondere gegenüber der BRD hatte sich während der Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem (EWS) von 1979 bis 1992 defizitär entwickelt; die Lira war trotz mehrfacher Abwertungen real tendenziell überbewertet. Das Ausscheren aus dem EWS und die starke Abwertung der Lira 1992/93 führten zwar zu Handelsbilanzüberschüssen und damit zu einer außenwirtschaftlichen Stabilisierung. Doch die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion blieb das Ziel der herrschenden Kräfte in Italien, so dass weitere Abwertungen perspektivisch ausgeschlossen waren. Durch die Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht war Italien zudem zu einem Abbau der wachsenden Haushaltsdefizite und der explodierenden Staatsverschuldung verpflichtet.

Viertens hatten sich auch die inneren Widersprüche in der italienischen Bourgeoisie zugespitzt. Die Krise der fordistischen, großbetrieblich organisierten Massenproduktion hatte zu einer Schwächung der hegemonialen Fraktion der Großindustrie geführt, während die flexibel-spezialisierten Kleinunternehmen in den »industriellen Distrikten« des »dritten Italien«² sowie Teile des Dienstleistungssektors ein vergleichsweise starkes Wachstum verzeichneten. Gleichzeitig bestand eine Diskrepanz zwischen der Verschiebung des ökonomischen Kräfteverhältnisses in der Bourgeoisie und den politischen Regulationsformen, die noch durch die fordistische Konstellation geprägt waren. So wurde z.B. der massive Arbeitsplatzabbau in der Großindustrie in den 80er Jahren durch die Lohnersatzleistungen der für Kurzarbeit vorgesehenen *Cassa integrazione guadagni* und durch Vorruhestandsregelungen auf Staatskosten selektiv sozial abgedeckt. Die Teile der Bourgeoisie, die davon nicht profitierten und die auf die Befriedung der Gewerkschaften weniger angewiesen waren, primär die industriellen Kleinunternehmen und die aufstrebenden Unternehmen im Dienstleistungsbereich, waren nicht mehr bereit, dieses Arrangement mitzutragen.

Die veränderte Haltung vieler Unternehmer gegenüber der Christdemokratie und ihren Koalitionspartnern äußerte sich darin, dass der führende Unternehmerverband *Confindustria* seit dem Herbst 1989 eine zunehmend schärfere Kritik an den Regierungsparteien artikulierte. Anstatt wie bisher automatisch die Christdemokraten und die Liberale Partei zu unterstützen, stellten die Industriellen eine Reihe von Forderungen auf, die auf den Bruch mit der bisherigen Regulationsweise zielten, und appellierten an alle Parteien, ihre Reformagenda zu unterstützen (vgl. Mattina 1993).

Erste Erosionserscheinungen des christdemokratisch geführten Blocks waren bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sichtbar geworden. Neue politische Kräfte reiften heran, die sich selbst in Opposition zur *Partitocrazia*, der auf der Verfilzung mit den Staatsapparaten beruhenden Parteiherrschaft, zumeist jenseits des traditionellen Links-Rechts-Spektrums als sogenannte »transversale« Bewegungen verorteten. Gemeinsam war ihnen die Gruppierung um einzelne, mehr oder minder charismatische politische Führer. Ansonsten artikulierten sich diese neuen Kräfte de facto jedoch politisch-ideologisch recht unterschiedlich. Drei Bewegungen waren Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre vor allem von Bedeutung:

Erstens die *Referendumsbewegung* unter Führung des Christdemokraten Mario

Segni, die darauf zielte, per Volksabstimmung das Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht zu ersetzen. Mit dem Versprechen, durch eine Veränderung der politischen Institutionen eine Verbesserung der politischen Verhältnisse zu erreichen, fand die Referendumsbewegung einen breiten Konsens. Im Kern war das Vorhaben der Wahlrechtsreform allerdings konservativer Natur: Es zielte ebenso wie der in der Krise zunehmend artikulierte Vorschlag einer Präsidialverfassung auf eine Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative, auf deren Befreiung von der schwierigen parlamentarischen Kompromissbildung. Vorschläge zu einer autoritären Verfassungsreform waren bereits seit Anfang der 1980er Jahre von einer Gruppe von Intellektuellen um den konservativen Staatsrechtler Gianfranco Miglio propagiert worden. Miglio hatte sich durch die Herausgabe zentraler Schriften des rechten Vordenkers Carl Schmitt in Italien hervorgetan, er sollte dann Anfang der 1990er Jahre eine zentrale Rolle als konzeptiver Intellektueller der regionalistischen *Lega Nord* spielen. Die Idee einer Verfassungsreform zur Verbesserung der »Regierbarkeit« fand im Laufe der 1980er Jahre bis hinein in die kommunistische Partei zunehmend Anhänger, doch erst die Referendumsbewegung verhalf ihr zum Durchbruch (vgl. Sablowski 1998, 343ff.).

Eine progressivere Kraft stellte die Anti-Mafia-Bewegung dar, die sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Palermo entwickelte und 1990 zur Formierung der Partei *La Rete* unter Führung des Ex-Christdemokraten Leoluca Orlando führte. *La Rete* blieb jedoch programmatisch und strategisch diffus, konnte bei den Wahlen keine breite Unterstützung finden und scheiterte letztlich an den inneren Widersprüchen zwischen moderat-konservativen und linksorientierten Kräften sowie an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die nicht zuletzt die Persistenz der Mafia begünstigten (vgl. Lustig 1994; Santino 2000).

Die wichtigste Kraft, die sich gegen die *Partitocrazia* formierte, waren die regionalistisch und wohlstandschauvinistisch orientierten Ligen im Norden Italiens, die sich 1989 unter Führung von Umberto Bossi zur *Lega Nord* zusammen schlossen. Bei den nationalen Wahlen 1992 erzielte die *Lega Nord* ihren Durchbruch mit Stimmenanteilen von 15–25 % in den nördlichen Regionen und 8,7 % im Landesdurchschnitt, damit wurde die Krise des traditionellen Parteiensystems offensichtlich.

Die Erosion der Regierungsparteien, die sich bei den Wahlen 1992 abzeichnete, war auch ausschlaggebend dafür, dass eine Gruppe von Richtern und Staatsanwälten ihre Autonomie gegenüber den Parteien geltend machen und eine Welle von Ermittlungsverfahren gegen Politiker wegen Korruption in Gang setzen konnte. Die Operation *Mani pulite* (»saubere Hände«), d.h. die Aufdeckung des weitverzweigten Korruptionssystems (»*Tangentopoli*«) beschleunigte wesentlich den Zerfall der Regierungsparteien.

Die Lega

Die Lega hatte ihren Ursprung und ihre Hochburgen in den vor allem durch überdurchschnittlich viele industrielle Kleinunternehmen und Selbständige geprägten Provinzen Venetiens und der nördlichen Lombardei, die in den 1970er und 1980er Jahren, d.h. während der Krise der Fordismus innerhalb der italienischen Gesellschaftsformation ein zunehmendes ökonomisches Gewicht erlangten, jedoch

politisch eher peripher blieben. Die Hochburgen der Lega fallen zum großen Teil mit dem durch die katholische politische Subkultur geprägten Teil des »dritten Italien« zusammen. Der Aufstieg der Lega muss zum einen vor dem Hintergrund der Säkularisierung und der zunehmenden Distanz zwischen der christdemokratischen Partei und der katholischen Subkultur gesehen werden. In dem Maße, in dem die Christdemokratie über den Staat Ressourcen mobilisierte, um durch die ökonomische Einbindung partikularer Interessen politischen Konsens zu erzeugen, trat die Anrufung der katholischen Identität in den Hintergrund. Traditionelle Werte wie der Lokalismus, der familistische und individualistische Partikularismus wurden sukzessive aus ihrer institutionell durch die Kirche vermittelten Verbindung mit dem Katholizismus – und damit auch aus einem universalistischen Rahmen – herausgelöst (vgl. Diamanti 1993, 46f.). Zum anderen artikulierten die Lega ein verbreitetes Gefühl der »relativen Deprivation«, also der trotz des zunehmenden Wohlstands sich durchsetzenden Vorstellung, um die Früchte der eigenen Arbeit betrogen zu werden und politisch nicht ausreichend repräsentiert zu werden. Der rationale Kern dieser Vorstellung beruhte einerseits darauf, daß das beschleunigte Wachstum in diesen Regionen tatsächlich neue Widersprüche mit sich gebracht hatte. So hatte z. B. der Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen nicht mit der Industrialisierung Schritt gehalten (vgl. Diamanti 1996). Andererseits nahm der Steuerdruck in Verbindung mit wachsenden Haushaltsdefiziten und Zinsbelastungen tatsächlich zu und belastete eben auch die aufstrebenden Gruppen der Kleinunternehmer und Selbständigen, die bis dahin von Steuerzahlungen weitgehend verschont worden waren (vgl. Diamanti 1993, 117).

Die Lega verband den Steuerprotest und den Protest gegen die *Partitocrazia* mit der symbolisch und medial vermittelten Ausarbeitung einer klassenübergreifenden, regionalen Identität. Im Diskurs der Lega mischten sich regionalistische Impulse, die mal föderalistisch, mal separatistisch artikuliert wurden, mit populistischen, antiintellektuellen, rassistischen, pragmatischen und utilitaristischen Elementen. Es muss betont werden, dass der Regionalismus der Lega eine neuartige Konstruktion ist, der mit dem traditionellen Lokalismus, der auf der direkten Interaktion von Angehörigen lokaler Gemeinschaften beruht, relativ wenig zu tun hat. Versuche, Dialekte oder andere lokale Besonderheiten zur Grundlage zunächst einer »lombardischen« und dann einer »padanischen Nation«³ zu machen, sind recht schnell gescheitert. Um so wichtiger war die Aufladung der imaginären Konstruktion des Regionalismus durch die Feindschaft gegenüber Südtalienern und Immigranten. Der strategische Charakter des Regionalismus wird auch daran deutlich, dass die Bezugsgrößen des »Eigenen« und des »Anderen«, »Fremden« sowie ihre Artikulation mit einer Vielzahl von Äquivalenzen je nach taktischen politischen Erfordernissen immer mal wieder geändert wurden. In dem Maße, in dem die Lega nach der nationalen Regierungsfähigkeit strebte, wandte sie sich vom Separatismus ab und hin zum Föderalismus. Gleichzeitig trat die Aggression gegenüber Südtalienern in den Hintergrund, während die gegenüber Immigranten aus Ländern des Südens stärker betont wurde, da die Lega in der italienischen Öffentlichkeit dabei stärker auf Verständnis rechnen konnte. Die Lega hat die rassistischen Elemente in ihrem Diskurs niemals doktrinär festgelegt, doch in ihren Zeitungen, Flugblättern, Plakaten und Wahlkampfaussagen sind sie manifest (vgl. Biorcio 1991, 51f., 61ff.; Schmidtke/Ruzza 1993, 6f., 21f.).

Kennzeichnend für die Lega war eine Feindkonstruktion, die sich zum einen nach »unten«, gegen Südtaliener und Immigranten, und zum anderen nach »oben«, gegen Politiker und Repräsentanten des Zentralstaats richtete, denen die Ausbeutung der »padanischen Produzenten« vorgeworfen wurde. Eine solche gemischte Feindkonstruktion ist typisch für den autoritären Populismus (vgl. Biorcio 1991, 66f., 61f.). Die Lega wurde von den Medien anfangs zwar fast einhellig abgelehnt, jedoch ähnelten sich die Problembeschreibungen in den Medien und im Diskurs der Lega in vieler Hinsicht. So konnte z. B. der rassistische Diskurs der Lega gegenüber Immigranten nur greifen, weil die verbreitete Thematisierung eines »Immigrantenproblems« in den Medien dafür den Boden bereitet. Der Rassismus gegenüber Immigranten wurde in der italienischen Gesellschaft erst Ende der 80er Jahre im Zuge der Debatten um die Regulierung der Immigration zu einer konsolidierten und zum Teil rationalistisch verbrämten Haltung politischer Organisationen. Vorher war er nur latent vorhanden bzw. auf einzelne rassistische Handlungen beschränkt. Nicht einmal beim neofaschistischen MSI waren bis Ende der 1980er Jahre Versuche einer rassistischen Mobilisierung erkennbar. Typisch für den rassistischen Diskurs seit Ende der 1980er Jahre sind »objektivistische« Argumentationen, die beanspruchen, den Rassismus als notwendige Folge unkontrollierter sozialer Probleme zu erklären. Es werden Notstandssituationen und Bedrohungsszenarien konstruiert, gegen die dann Schutz- und Kontrollstrategien entwickelt werden (vgl. Schmidtke/Ruzza 1993, 9; Manconi 1990, 45ff.).

Im ökonomischen Programm der Lega mischten sich neoliberale und konservativ-korporatistische Elemente. Der Arbeitseifer der Produzenten des Nordens und die Effizienz der privaten Initiative wurden dem Versagen der Staatsapparate entgegengesetzt. Die Steuern sollten gesenkt werden, und die im Norden produzierten Ressourcen sollten alleine dem Norden zugute kommen. Anti-Trust-Gesetze und der Schutz kleiner Einzelhändler gegen die Ausbreitung monopolistischer Handelsketten wurden ebenso gefordert wie ein betriebswirtschaftliches Management des Gesundheitswesens, die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Flexibilisierung des Lohnverhältnisses und die Regionalisierung der Lohnbildung. Frauen sollten unterstützt werden, die Erwerbsarbeit aufzugeben, um sich der Familie und der Kindererziehung zu widmen. Nicht das Individuum, sondern die Familie sollte zum privilegierten Empfänger von sozialen Dienstleistungen und Steuererleichterungen werden (vgl. Sablowski 1998, 332).

Hinsichtlich ihres ökonomischen Programms muss die Lega vor allem als organische Kraft des nichtmonopolistischen Kapitals und des Kleinbürgertums angesehen werden; sie zog jedoch Wähler aus allen sozialen Klassen und Schichten an. Die Zusammensetzung ihres Wählerpotentials glich sich weitgehend dem Durchschnitt der Bevölkerung an, männliche Wähler blieben allerdings leicht überrepräsentiert (vgl. Mannheimcr 1991a; Diamanti 1993, 98ff.). Im Laufe des Jahres 1993 zeigte sich, dass das Wachstum der Lega an eine Grenze stieß. Durch ihr provokatives Auftreten und ihr regionalistisches Profil verschreckte sie einen Teil der konservativen Wähler und konnte sich vor allem in Süd- und Mittelitalien nicht ausdehnen. Bei den Kommunalwahlen im November 1993 unterlag die Lega unter anderem in Genua, Venedig und Triest gegenüber den Kandidaten der Linken. Eine Regierungsübernahme der Linken schien auch auf nationaler Ebene möglich, zumal sich der linke Flügel der Christdemokratie in Richtung des linken

Lagers bewegte. Im konservativen Lager hinterließ der Zusammenbruch der Regierungsparteien auf nationaler Ebene zunächst ein Vakuum, das auch die Lega nicht ganz ausfüllen konnte.

Forza Italia und die Regierungsübernahme der Rechten

In dieser Situation beschloss Silvio Berlusconi, Eigentümer des stark verschuldeten *Fininvest*-Konzerns, aus nicht ganz uneigennütigen Motiven, selbst in die Politik zu gehen. Berlusconi war ein Günstling der zerfallenden Regierungsparteien und ihres Korruptionssystems, seine beherrschende Stellung im italienischen Privatfernsehen hatte er teils im rechtsfreien Raum, teils durch die Protektion insbesondere des PSI-Führers Bettino Craxi erlangt. Eine Regierungsübernahme der Linken hätte Berlusconi leicht einen Teil seiner Sendeizenzen kosten können und ihm damit seine wichtigste Einnahmequelle entzogen. Gleichzeitig drohte Berlusconi auch zum Opfer der Ermittlungen der Staatsanwälte wegen Bilanzfälschung, Steuerhinterziehung und Korruption zu werden (vgl. Ruggeri/Guarino 1994). Bei den Bürgermeisterwahlen im November 1993 hatte Berlusconi die Kandidaten des neofaschistischen MSI-AN zur einzig wählbaren Alternative erklärt. Die Stichwahlen endeten jedoch mit der Niederlage prominenter Kandidaten des MSI-AN wie des Parteivorsitzenden Gianfranco Fini in Rom und der Enkelin des *Duce*, Alessandra Mussolini, in Neapel. Die Neofaschisten profitierten zwar von dem Zerfall der alten Regierungsparteien und gewannen insbesondere im Süden erheblich an Wählern hinzu, doch waren sie alleine offensichtlich ebenso wie die Lega Nord nicht mehrheitsfähig. Gebraucht wurde also eine neue Partei, die das in der politischen »Mitte« vom Zusammenbruch der Christdemokratie hinterlassene Vakuum ausfüllen konnte. Diese Funktion sollte Berlusconis *Forza Italia* übernehmen, die Anfang 1994 gegründet wurde.

Forza Italia war im Grunde ein von führenden *Fininvest*-Managern und Berlusconis Werbeagentur *Publitalia* minutiös geplantes Retortenprodukt, ein im Stil eines Unternehmens hierarchisch von oben gesteuerter Wahlverein für den Medienmogul. Die Struktur und die Zielsetzungen der Partei standen bereits fest, bevor sie überhaupt existierte. Eine eigene Basis wurde mit der Gründung der lokalen *Forza Italia Clubs* geschaffen. Deren Mitglieder hatten jedoch keinerlei Einfluß auf die Programmatik und die Kandidatenauswahl für die nationalen Wahlen im März 1994. Forza Italia war keine reguläre Partei – und wurde nicht zuletzt auch deshalb gewählt, weil sie sich nicht als herkömmliche Partei präsentierte. Auch dank der massiven Nutzung von Berlusconis geballter Medienmacht wurde Forza Italia bei den Wahlen – nicht einmal zwei Monate nach ihrer offiziellen Gründung – mit 21 % der Stimmen zur stärksten Partei Italiens. Obgleich Berlusconi wie kaum ein anderer mit dem alten Regime verbunden war, schaffte er es, sich den Anstrich des Neuen zu geben. Notorisch strahlend, präsentierte er sich als erfolgreicher Unternehmer, der es schaffen würde, ein neues Wirtschaftswunder in Italien zu entfesseln. Die inhaltlichen Botschaften wurden bewusst vage gehalten und – basierend auf Umfrageergebnissen – so verpackt, dass die größtmögliche Akzeptanz gesichert wurde (vgl. Renner 1994, 111ff.; Christen 2001, 27ff.; Poli 2001, 43ff.).

Gleichzeitig gelang Berlusconi das Kunststück, die regionalistische Lega Nord

und die nationalistischen Neofaschisten in einem Bündnis mit seiner Forza Italia zusammenzuführen. Der salonfähig gewordene MSI-AN erlangte 13,5% der Stimmen (1992: 5,4%). Zusammen mit kleineren Splitterparteien der rechten Christdemokraten und der Liberalen gewann das Rechtsbündnis die Mehrheit der Mandate.

Freilich sollte die Regierung Berlusconi schon bald wieder an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen. Die Spannungen zwischen Neoliberalismus und konservativem Etatismus, zwischen Sanierung des Staatshaushalts und Besitzstandswahrung, zwischen den Interessenvertretern des Nordens und des Südens, zwischen Berlusconis privatem Geschäftsinteresse und der Aufgabe, die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie auszubalancieren und ein »Allgemeininteresse« zu verkörpern, erwiesen sich in dieser Phase als zu stark. Im Herbst 1994 kündigte die Lega, die am massivsten den Bruch mit dem System der »Ersten Republik« vertreten hatte, angesichts der mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung einer föderalen Staatsreform, des massiven Widerstands der Gewerkschaften gegen die Ausgabenkürzungen im Renten- und Gesundheitsbereich und angesichts ihrer Stimmenverluste bei den Europawahlen die Unterstützung für die Regierung auf. Berlusconi sah sich gezwungen zurückzutreten. Mit Unterstützung der Lega und der Mitte-Links-Parteien wurde eine sogenannte Regierung der »Techniker«, d.h. parteipolitisch vermeintlich unbelasteter Wirtschaftsfachleute, unter dem ehemaligen Zentralbankdirektor und damaligen Schatzminister Lamberto Dini eingesetzt.

Das Desaster der Linken und die Konsolidierung der Rechten

Bei den Wahlen 1996 siegte dann knapp das »Mitte-Links-Bündnis« *Ulivo* («Olivenbaum») mit dem ehemaligen Christdemokraten Romano Prodi als Spitzenkandidat. Dem Mitte-Links-Bündnis kamen diesmal das Mehrheitswahlrecht und die Tatsache, dass die Lega alleine zu den Wahlen antrat, zugute. Die Lega sah sich in ihrer Existenz durch die konkurrierende Forza Italia bedroht, die im Grunde ein ähnliches Programm – nur ohne ethnoregionalistischen Überbau – vertrat. Dagegen versuchte sich die Lega Mitte der 1990er Jahre durch eine erneute Propagierung des Separatismus und durch symbolische Aktionen wie die Konstituierung eines »Parlaments des Nordens« und die Ausrufung einer »Republik Padanien« zu profilieren. Der Separatismus fand jedoch in der italienischen Öffentlichkeit wenig Anklang und war auch innerhalb des Nordens nicht mehrheitsfähig. So war es nur eine Frage der Zeit, bis die Lega wieder den Schulterschluss mit Berlusconi suchen würde.

Dem Mitte-Links-Bündnis gelang es zwar, Italien in die europäische Währungsunion zu führen und eine relativ erfolgreiche Haushaltskonsolidierung zu betreiben, doch blieb vollkommen unklar, was das »Linke« an dieser Regierung sein sollte. Dies lag nicht nur am Einfluss der an der Regierung beteiligten konservativen Kräfte, sondern auch an der programmatischen Desorientierung der linken Parteien. Als desaströs erwies sich vor allem die Entwicklung der Linksdemokraten, die aus der Mehrheit der alten kommunistischen Partei hervorgegangen waren. Die Verwandlung der kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische Partei hatte ihr keine relevanten zusätzlichen Wählerschichten zugeführt, so dass die internen Debatten über weitergehende Veränderungen der eigenen Ausrichtung anhielten. Diskutiert wurde z.B. eine Orientierung am Modell der De-

mokratischen Partei in den USA als Alternative zur Orientierung an der europäischen Sozialdemokratie. Die inhaltliche Differenz zwischen den beiden Strategien blieb jedoch unklar, zumal die Linksdemokraten ähnlich wie andere sozialdemokratische Parteien in Europa zunehmend neoliberales Gedankengut aufnahmen. Von einer wirklichen politischen Alternative zu den Parteien der Rechten konnte hier nicht die Rede sein. Lediglich die verbliebenen Kommunisten, die sich in der *Rifondazione Comunista* gesammelt hatten, versuchten durch eine Tolerierungspolitik gegenüber der Mitte-Links-Regierung markante progressive Reformen wie z. B. eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Doch führte die Frage, bis zu welchem Punkt die Kommunisten die Regierung unterstützen könnten, auch zu deren Spaltung.

Während die Mitte-Links-Regierung im Laufe einer Legislaturperiode abgewirtschaftet hatte, hatten sich die Rechtsparteien in der Opposition reorganisiert und konsolidiert. Die Wahlniederlage 1996 hatte bei der Forza Italia zu der Einsicht geführt, dass eine stärkere gesellschaftliche Verankerung unumgänglich war. Ausdruck dessen waren ein neues Parteistatut 1997, ein erster nationaler Parteitag 1998 (vier Jahre nach der Gründung!) und der Aufbau von speziellen Organisationen für Jugendliche, Frauen und Senioren. Die Zentralisierung der Macht in den Händen Berlusconi blieb allerdings auch unter dem neuen Parteistatut weitgehend erhalten. Zwar konnten die Parteimitglieder auf der kommunalen Ebene und auf der Provinzebene fortan Delegierte wählen, die regionalen Koordinatoren, die die territoriale Parteiorganisation kontrollieren, wurden jedoch weiterhin alleine durch Berlusconi, den Präsidenten der Partei, bestimmt. Auch die Nominierung der nationalen Parteiführung, der Kandidaten für das Parlament und die Bestimmung der Aufgaben der Partei oblag ihm weiterhin (vgl. Poli 2001, 121ff.). Forza Italia ist insoweit geprägt durch eine »Präsidialverfassung«, wie sie die Rechte auch für den Staatsaufbau anstrebt. Zugleich ist die Partei inzwischen robust institutionalisiert. Nach diversen gescheiterten Versuchen, die Christdemokratie wiederzubeleben bzw. ihre Splittergruppen in der politischen »Mitte« zusammenzuführen, erscheint Forza Italia heute als ihre hauptsächliche Erbin – auch was die strukturell dominierende Position im Parteiensystem anbelangt. Dies hat inzwischen auch die immer noch einflussreiche katholische Kirche akzeptiert. Nach dem Zerfall der Christdemokratie hat die Kirche zumeist keine eindeutige Wahlempfehlung für eine Partei mehr ausgesprochen. Ende der 1990er Jahre übte sie jedoch zunehmend Kritik an der Mitte-Links-Regierung. Die vor den nationalen Wahlen 2001 von der Kirche formulierten »Wahlprüfsteine« wiesen de facto die größte Übereinstimmung mit den Programmen der Rechtsparteien auf (vgl. Christen 2001, 147).

Die neue Rechtsregierung ist auch deshalb erheblich stabiler als die erste Regierung Berlusconi von 1994, weil ihre parlamentarische Mehrheit so groß ist, dass die stark geschrumpfte Fraktion der Lega Nord nicht mehr die Rolle des Züngleins an der Waage spielen kann. Und die Alleanza Nazionale, die übrigens im Gegensatz zu den Kommunisten nie einen expliziten Bruch mit ihrer Vergangenheit vollzogen hat, hat sich unter Finis Führung ohnehin als verlässlicher Koalitionspartner erwiesen. In der gegenwärtigen Konstellation macht es für die Alleanza Nazionale keinen Sinn, sich auf den historischen Faschismus zu berufen, um ihre politischen Ziele voranzutreiben. Doch macht es deshalb schon Sinn, sie

als »postfaschistisch« zu kennzeichnen? Piero Ignazi (1994, 113) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Ausdruck nichts aussagt. Die Neofaschisten waren schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geprägt von dem Widerspruch zwischen ihren antidemokratischen Zielen und der Notwendigkeit, unter den Bedingungen der Demokratie zu überleben und Unterstützung zu finden. Dieser Widerspruch fand seinen Ausdruck in internen Richtungskämpfen zwischen einer militanten, bewegungsorientierten und antikapitalistisch auftretenden Fraktion und einer moderaten, eher staatstragenden Fraktion. Letztere hat sich bis auf weiteres durchgesetzt. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt die *Alleanza Nazionale* ähnlich wie die *Lega Nord* und die *Forza Italia* neoliberale Ansätze gepaart mit der Berufung auf die Familie und andere konservative Werte. Es besteht auch kein grundlegender Gegensatz zwischen dem Neoliberalismus und den antidemokratischen Zielen der *Alleanza Nazionale*. Auch der historische Faschismus war eng mit dem Liberalismus verbunden, der seinerseits nicht notwendigerweise demokratisch ist. Die *Alleanza Nazionale* unterscheidet sich von der *Lega Nord* vor allem durch die Betonung der nationalen Einheit, von der *Forza Italia* durch die stärkere Gewichtung der Rolle des Staates und der sozialen Gemeinschaft, deren Stärkung aus ihrer Sicht notwendig ist, da der Marktradikalismus ansonsten zur Zerstörung seiner eigenen Voraussetzungen führt. Nicht zufällig hat die *Alleanza Nazionale* vor allem im Süden Italiens ihre Hochburgen und kann daher auch schlecht für die Abschaffung der staatlichen Transferleistungen für den Süden votieren (vgl. Ignazi 1994, 113ff.; Feldbauer 1996, 167ff.; Christen 2001, 119ff.; Renner 2002, 35ff.).

Es ist deutlich geworden, dass die drei Parteien im Bündnis wesentlich besser widersprüchliche Anforderungen integrieren und Konsens organisieren können, als dies eine einzelne Organisation je könnte. Gleichzeitig bestehen jenseits der wahlarithmetischen Kalküle grundlegende inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den drei Rechtsparteien. In erster Linie ist hier die neoliberale Orientierung zu nennen, die allen – wenn auch in unterschiedlicher Form – gemeinsam ist (vgl. Christen 2001). Darin liegt ihre organischer Charakter begründet. Insofern greift auch eine Kritik, die darauf abhebt, dass die Regierungspolitik nur Berlusconi's Privatinteressen diene, zu kurz. Zweitens zielen alle drei Parteien auf einen Umbau der staatlichen Institutionen in Richtung eines autoritären Etatismus. Nachdem die Mitte-Links-Regierung die historische Aufgabe vollbracht hat, Italien in die Europäische Währungsunion zu führen, trauen offenbar auch die Unternehmer der Rechten eher zu, den nunmehr anstehenden weiteren Sozialabbau gesellschaftlich durchzusetzen.

Eine weitere Erfolgsbedingung der Rechtsregierung liegt in der Entwicklung der Gewerkschaften begründet. 1994 hatten die Gewerkschaften geschlossen Widerstand gegen den geplanten Sozialabbau der Regierung Berlusconi geleistet und damit wesentlich zu ihrem Sturz beigetragen. Die historische Chance, nach dem Zerfall der alten Parteien auch die aus dem Kalten Krieg herrührende Spaltung in Richtungsgewerkschaften zu überwinden, wurde jedoch in den 1990er Jahren nicht genutzt. Vielmehr versuchten die einzelnen Gewerkschaftsdachverbände, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und – fixiert auf den politischen Tausch im Rahmen eines korporatistischen Sozialpakts – neue Partner im Parteiensystem zu finden. Die Führung der katholisch geprägten *CISL* spekulierte dabei auch auf die

Wiederbelebung der zentralen Rolle der Christdemokratie, die freilich scheiterte. Der von den drei großen Gewerkschaftsdachverbänden gemeinsam getragene Generalstreik vom April 2002 gegen die drohende Verschlechterung des Arbeitsrechts kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es inzwischen eine wechselseitige Annäherung zwischen den Gewerkschaftszentralen CISL und UIL einerseits und der Regierung Berlusconi andererseits gibt. Die Regierung versucht mit einem gewissen Erfolg, die konservativeren Gewerkschaften politisch einzubinden und so den größten Gewerkschaftsdachverband, die oppositionelle, linksorientierte CGIL, und die unabhängigen Basisgewerkschaften (COBAS) zu isolieren (vgl. Christen 2001, 146).

Resümierend kann festgestellt werden, dass die Rechte heute über eine starke gesellschaftliche Verankerung verfügt, während diese der Linken weitgehend abhanden gekommen ist. Die lagerübergreifende Hegemonie des Neoliberalismus ist sowohl eine Voraussetzung als auch ein Resultat dieser Situation.

Wie sieht die bisherige Bilanz der Rechtsregierung aus? Im Bereich der Haushaltspolitik verfolgt sie eine Gratwanderung zwischen Wachstumsförderung und Haushaltskonsolidierung und unterscheidet sich dabei bisher nicht wesentlich von der Mitte-Links-Regierung. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik orientiert sie sich eng an den Forderungen der Unternehmerverbände: Abschaffung des Kündigungsschutzes, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Steuerenkungen, Fortsetzung der Privatisierung von Staatsunternehmen, stärkere Privatisierung der sozialen Sicherung. Die staatliche Förderung von Privatschulen und privaten Sozialeinrichtungen deckt sich mit dem Interesse der katholischen Kirche, die in diesen Bereichen der wichtigste Akteur ist. Den besonderen Charakter der Rechtsregierung offenbaren unter anderem die folgenden, durchgesetzten Maßnahmen: die drastische Verschärfung des Ausländerrechts (vgl. Azzellini 2002, 175ff.), die Abschaffung der Erbschaftssteuer für große Vermögen, die Steuererleichterungen bei der Rückführung von illegal ins Ausland transferiertem Kapital, die Ermöglichung der Legalisierung von illegal auf staatlichem Boden errichteten privaten Bauten durch den nachträglichen Kauf des Grundes, die Straffreiheit für Bilanzfälschungen bei nicht börsennotierten Unternehmen bzw. die Senkung der Verjährungsfrist für Bilanzfälschungen bei börsennotierten Unternehmen, die Bezahlung von Justizbeamten nach ihrer »Produktivität« und die Abschaffung der Verfassungsbestimmung, die den männlichen Nachfahren des ehemaligen Königshauses von Savoyen die Einreise nach Italien verbietet (vgl. Guarcella 2002, 107ff.). Hervorstechend sind die vielfachen Angriffe auf die Justiz, die nicht nur dazu dienen, Berlusconi und seine Verbündeten vor der Strafverfolgung zu bewahren, sondern die die Gewaltenteilung insgesamt in Frage stellen. Bezeichnend für den Autoritarismus des Regimes ist auch die brutale Vorgehensweise gegen die globalisierungskritischen Demonstrationen anlässlich des G 8-Gipfels in Genua im Juli 2001 (vgl. Azzellini 2002). Während im Bereich der »öffentlichen Ordnung« und der Kleinkriminalität eine »Null-Toleranz-Politik« verfolgt wird, wird andererseits alles getan, um die Straffreiheit von Wirtschafts- und Finanzdelikten zu garantieren (vgl. Ferrajoli 2002, 73). Das Mitte-Links-Lager hat es bisher nicht im geringsten geschafft, gegen diese skandalöse Politik eine wirksame Opposition zu organisieren. Ebenso können die punktuellen Mobilisierungen der Gewerkschaften, der globalisierungskritischen Bewegung und der Friedensbewegung – so beeindruckend sie

im Einzelnen sind – nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die außerparlamentarische Opposition noch relativ schwach und gesellschaftlich minoritär ist. Die Linke steht vor der schwierigen Aufgabe, einerseits die Kritik am Neoliberalismus auch um den Preis weiterer Brüche innerhalb des Mitte-Links-Lagers voranzutreiben und andererseits eine breite gesellschaftliche Opposition gegen die Rechte zu organisieren, für die unter anderem auch ein einheitliches Vorgehen der Gewerkschaften und das Bündnis mit liberaldemokratischen Kräften unabdingbar sind.

Anmerkungen

- 1 Mit der Wahlrechtsreform 1993 wurde das bis dahin geltende reine Verhältniswahlrecht abgeschafft. Seitdem werden 75% der Sitze in der Deputiertenkammer nach dem Mehrheitswahlrecht und 25% nach dem Verhältniswahlrecht mit 4%-Sperrklausel vergeben. Versuche, ein reines Mehrheitswahlrecht durchzusetzen, sind bisher gescheitert.
- 2 Der Begriff des »dritten Italien« wurde von dem Soziologen Arnaldo Bagnasco (1977) geprägt und bezeichnet die regionalen Gesellschaftsformationen in Nordost- und Mittelitalien, die sich von dem durch die Großindustrie geprägten Nordwesten wie auch von dem unterentwickelten Mezzogiorno vor allem durch die zentrale ökonomische Bedeutung der industriellen Kleinunternehmen und durch ausgeprägte katholische bzw. kommunistisch-sozialistische Subkulturen unterscheiden. Der Begriff des »industriellen Distrikts« bezeichnet regional verdichtete Netzwerke von Kleinunternehmen und Selbständigen, wie sie im »dritten Italien« besonders häufig anzutreffen sind (vgl. Becattini 1987, Brusco 1989, Pyke u.a. 1990). Zum Konzept der »flexiblen Spezialisierung« vgl. Piore/Sabel 1985. Für eine kritische Sicht auf das Modell der flexiblen Akkumulation im »dritten Italien« vgl. Sablowski 1998, 273ff., und Fumagalli 1996/1997.
- 3 Padanien bezeichnet im Diskurs der Lega die Regionen im Umkreis der Poebene.

Literatur

- Azzellini, Dario (Hg., 2002): Genua. Italien – Geschichte – Perspektiven. Berlin.
- Bagnasco, Arnaldo (1977): Tre Italie. La problematica territoriale dello sviluppo italiano. Bologna.
- Becattini, Giacomo (Hg., 1987): Mercato e forze locali: il distretto industriale. Bologna.
- Biorcio, Roberto (1991): La Lega come attore politico: dal federalismo al populismo regionalista. In: Mannheimer 1991, S. 34–82.
- Brusco, Sebastiano (1989): Piccole imprese e distretti industriali. Torino.
- Christen, Christian (2001): Italiens Modernisierung von Rechts. Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates. Berlin.
- Diamanti, Ilvo (1993): La Lega. Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico. Roma.
- Diamanti, Ilvo (1996): L'importanza di zermeghedo. Perché la Lega ha vinto senza che nessuno se ne accorgesse. Alcuni modesti consigli per affrontare la sindrome leghista. In: MicroMega, Nr. 2, Mai-Juni, S. 55–66.
- Feldbauer, Gerhard (1996): Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien. Berlin.
- Ferrajoli, Luigi (2002): Giustizia. In: Francesco Tuccari (Hg.), Il governo Berlusconi. Le parole, i fatti, i rischi. Bari, S. 73–88.
- Fumagalli, Andrea (1996/1997): Lavoro e piccola impresa nell'accumulazione flessibile in Italia, in: *Altreragioni*, Nr. 5/96, S. 11–27, und Nr. 6/97, S. 127–147.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Band 7, Hamburg/Berlin.
- Guarella, Marco (2002): Forza Italia? Forza Mafia! In: Azzellini 2002, S. 101–110.
- Ignazi, Piero (1994): Postfascisti? Dal Movimento sociale italiano ad Alleanza nazionale. Bologna.
- Lustig, Monika (1994): Leoluca Orlando. Palermos Bürgermeister – ein Politiker im Kampf gegen die Mafia. Bergisch Gladbach.
- Manconi, Luigi (1990): Razzismo interno, razzismo esterno e strategia del chi c'è c'è. In: Laura Balbo/Luigi Manconi: I razzismi possibili. Con testi di Marina Forti e Bruno Nascimbene. Milano, S. 45–101.

- Mannheimer, Renato (Hg., 1991): *La Lega Lombarda*. Milano.
- Mannheimer, Renato (1991a): *Chi vota Lega e perché*. In: Mannheimer 1991, S. 122-158.
- Mattina, Liborio (1993): *Abete's Confindustria: from alliance with the DC to multiparty appeal*. In: Stephen Hellman/Gianfranco Pasquino (Hg.), *Italian Politics. A Review*. Vol. 8, S. 151-164.
- Piore, Michael J./Sabel, Charles F. (1985): *Das Ende der Massenproduktion*. Berlin.
- Poli, Emanuela (2001): *Forza Italia. Strutture, leadership e radicamento territoriale*. Bologna.
- Renner, Jens (1994): *Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur*. Göttingen.
- Renner, Jens (2002): *Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer*. Zürich.
- Ruggeri, Giovanni/Guarino, Mario (1994): *Berlusconi. Showmaster der Macht*. Berlin.
- Sablowski, Thomas (1998): *Italien nach dem Fordismus*. Münster.
- Santino, Umberto (2000): *Storia del movimento antimafia*. Rom.
- Schmidtke, Oliver/Ruzza, Carlo E. (1993): *Regionalistischer Protest als »Life Politics«*. Die Formierung einer sozialen Bewegung: die Lega Lombarda. In: *Soziale Welt*, Heft 1, S. 5-29.